

einen nur sehr kleinen Ausschnitt aus dem gewaltigen Gesamtgebiete zu betrachten.

Das erste Erfordernis für eine mihbringende Betriebsführung ist, daß man jeden Arbeiter an die Stelle setzt, für die er am meisten geeignet ist. Es ist dies fast eine selbstverständliche Forderung, der wohl auch im großen ganzen bei den gelehrten Handwerken bisher Folge geleistet wurde, nicht aber bei den ungelerten und bei den Lehrlingen. Die Psychotechnik gibt nun Verfahren an, wie der Arbeiter oder Lehrling vor seiner Einstellung auf seine Eignung für den ihm zugedachten oder von ihm gewählten Beruf experimentell geprüft werden kann. Von der Unparteilichkeit der Methode kann sich der Prüfling immer selbst überzeugen. Diese sogenannte Eignungsforschung soll nun durchaus keine Vergewaltigung des Arbeiters darstellen. Der Arbeiter soll vielmehr in seinem Interesse wie im Interesse des Unternehmers beraten werden, zu welchem Beruf er am besten taugt. Der Vorgang bei der Eignungsforschung gestaltet sich bei der Prüfung für jeden Beruf naturgemäß anders. Es mögen hier beispielsweise drei ganz verschiedene Fälle behandelt werden.

Als erstes Beispiel soll die Prüfung eines Kraftwagenführers betrachtet werden. Als hervorragende Eigenschaft fordern wir bei ihm ein rasches und entschiedenes Handeln auf Augenreise, oder wie man in der Wissenschaft sagt auf optische Reize. Nämlich so: Unser Kraftwagenführer kommt zu einem Hindernis, sagen wir zu einer scharfen Wegkurve. Er muß sofort die Kurve erkennen, d. h. den Augenreiz aufnehmen und danach handeln, d. h. zur rechten Zeit, nicht zu früh und nicht zu spät die notwendige Bewegung mit dem Lenkhebel ausführen. Wie prüfen wir nun unseren Lehrling, der Kraftwagenführer werden soll, auf diese Eigenschaft? Wir geben ihm einen Gummiball in die Hand, und sobald eine gewisse Glühlampe aufblitzt, soll er so rasch wie möglich den Gummiball zusammenbrücken. Gemessen wird die Zeit, welche zwischen dem Ausleuchten der Glühlampe und dem Zusammenbrücken des Walles verstreicht. Die Länge dieser Zeit ist das umgekehrte Maß seiner Fähigkeit zu raschem Handeln. Dabei wäre noch zu erwähnen, daß manche Prüflinge noch vor dem Erscheinen des Lichtsignals die Reaktionshandlung, wie man sagt, ausführen. Es sind dies die sogenannten „nervösen“ Leute, die natürlich von vornherein als Kraftwagenführer ungeeignet sind.

Als zweites Beispiel wollen wir die Prüfung eines Drehers betrachten. Von einem Dreher fordern wir vornehmlich Augenmaß, Feingefühl in den Fingern, eine ruhige und sichere Hand. Der Prüfling bekommt nun die Aufgabe, in die verschieden geformten und verschieden großen Löcher einer Platte genau passende Stöpsel in möglichst kurzer Zeit zu stecken. Der Leser wird von selbst erkennen, daß in kurzer Zeit diese an und für sich sehr einfache Aufgabe doch nur von einem Manne mit den erwähnten Eigenschaften gelöst werden kann, und daß die Länge dieser Zeit, die er für diese Aufgabe braucht, ein Maß für seine Eignung ist.

Zuletzt sei noch erwähnt die Prüfung eines Schmiedes auf Muskelkraft, insbesondere auf Arm-, Hand und Fingerkraft. Da benutzt man sogenannte Kraftmesser oder Dynamometer, Instrumente, welche nach Art der Federwagen gebaut sind, und wo durch automatisches Einstellen eines Zeigers auf einer Skala die auf die Feder ausgeübte Höchstkraft in Gewichtsmass direkt abgelesen werden kann. Damit der Prüfling wirklich auch nur mit dem Glied, dessen Muskelkraft man messen will, arbeitet, nicht auch mit anderen Gliedern oder gar mit dem ganzen Körpergewicht nachhilft, gibt es Einrichtungen, um die übrigen Glieder auf vollkommen schmerzlose Art so einzuspinnen, daß ein Mitarbeiten unmöglich wird.

Bei allen Eignungsprüfungen bleibt man nicht bei einem Einzelversuch stehen. Das wäre doch eine sehr zufällige und oberflächliche Beurteilung, sondern man führt eine ganze Reihe von gleichgearteten Versuchen aus und nimmt dann als Eignungsmaß den Mittelwert. Auch treten bei der dauernden Arbeit stets Ermüdungs- und auch Abmüdigungserscheinungen auf, die unbedingt auch bei der Prüfung erkannt und berücksichtigt werden müssen, und die häufig ein vielfaches Wiederholen des Eignungsversuches in regelmäßigen Zeitabständen notwendig machen. Insbesondere bei der Prüfung auf Körperkraft ist es durchaus nicht dasselbe, ob der Prüfling nur ein einziges Mal oder hintereinander in regelmäßigen Zeitabständen die jeweilige höchste Arbeit leisten soll. Im zweiten Fall sinkt im allgemeinen nach anfänglichem kurzen Anstieg die Arbeitsleistung mit der Zeit ganz erheblich, und das Maß des Kraftabfalles in der Zeit wird für die Eignung sehr stark mitbestimmend sein. Es zeigen sich zunächst Ermüdungs- und dann Abmüdigungserscheinungen, deren Beurteilung aber eine besondere Betrachtung für sich erfordert.

Nun wird sich die Frage aufdrängen: Sind denn diese Methoden unzulänglich? Unsere Leistungsfähigkeit hängt doch mit so vielen Faktoren verwickeltester Art zusammen, die doch unmöglich alle durch so einfache Versuche in Rechnung gezogen werden! Aber diese Frage ist berechtigt. Jeder Psychotechniker wird, bevor er zur Prüfung eines Arbeiters schreitet, sich besonders teilnahmsvoll nach dessen Befinden erkundigen. Er wird fragen, ob er in der Nacht gut geschlafen hat, wieviel Zigaretten er vorher geraucht, ob er sich nicht am Abend zuvor beim Alkohol gut unterhalten usw. Ferner wird bei jedem größeren Betriebe der Arbeiter vor Einstellung einer ärztlichen Untersuchung unterzogen, und der Arzt macht unbedingt den Prüfungsingenieur vorher mit eventuellen körperlichen Störungen beim Prüfling vertraut, so daß im allgemeinen das psychotechnische Urteil nicht nur akademischen, sondern auch praktischen Wert besitzt. Die Erfahrungen, die man bisher in industriellen Betrieben mit der Eignungsprüfung gemacht hat, bestätigen dies auch vollends. Aber auch wenn manche Faktoren bisher unberücksichtigt geblieben sind, so können wir doch annehmen, daß durch die systematische wissenschaftliche Arbeit wir immer mehr Wege finden werden, um Zufälligkeiten auszuschalten oder als Gefährde zu erkennen und zu berücksichtigen. Die beispiellosen Erfolge, die jetzt schon errungen sind, geben uns zu dieser Hoffnung berechtigten Anlaß.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* **Deutschlands Entwaflung.** Wie amtlich aus Paris gemeldet wird, hat die Vorkonferenz die Entscheidung über die Frage der Entwaflung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der der interalliierten militärischen Komitees und wird den Regierungschefs in Vologne mitgeteilt werden. Dieser amtlichen Mitteilung fügt „Le Temps“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann vermindert werden müsse. Sollte dies Heer nicht genügen, um die innere Ordnung aufrechtzuerhalten, so

würde man zur Schaffung regionaler Polizeitruppen schreiten müssen.

* **Vollstweirische Betrachtungen über die Reichstagswahl.** Eines der Hauptorgane der russischen Vollstweirer schreibt zu dem Ergebnis der deutschen Wahlen, daß sich die politischen Gegensätze in Deutschland sehr verschärft haben, indem sie den beiden extremen Richtungen von rechts und links einen Erfolg brachten. Fünf Millionen Wähler hätten ihre Entscheidung für die Diktatur der Arbeiter abgegeben. Deutschland sei ohne Zweifel reif für eine revolutionäre Krise. Die Revolution müsse und werde losbrechen und die Verräter der Arbeiterklasse hinwegfegen.

* **Ungeklärte Geheimbefehle.** Amtlich wird bekanntgegeben: Das „Echo du Rhin“ vom 31. Mai 1920 bringt den Wortlaut eines angeblichen Geheimbefehls des Reichswehrministeriums mit der Unterschrift des Oberst Heye, worin die Unterbringung der bisherigen aktiven und inaktiven Offiziere in guten Stellungen gefordert wird, damit man „später auf sie zurückgreifen“ könne. Ein Befehl gleichen oder ähnlichen Wortlautes ist seitens des Reichswehrministeriums niemals ergangen. Es kann sich nur um eine Fälschung handeln.

* **Spa nochmals verschoben.** Nach Berichten aus Paris wird die Verschiebung der Konferenz in Spa auf den 15. Juli wegen der Schwierigkeiten der Kabinettsbildung in Deutschland bestätigt. Zur Konferenz in Vologne berichtet „Matin“, man könne sich entschließen zu haben, die deutsche Armee auf 100 000 Mann zu beschränken.

* **Die Entente fordert Vorkonferenzbehandlung.** Der Vorkonferenzrat in Paris hat den Text einer Note an die deutsche Regierung wegen der angeblich unterirdischen Behandlung bei der Ausfuhr und der Zollzahlung festgelegt.

* **Polnische Märchen.** Eine Mitteilung des General-Kommandos in Breslau erklärt die Behauptungen des Warschauer Funkprüchs vom 13. 6. über angebliche preussische Umtriebe im Abstimmungsgebiet Oberschlesien unter Förderung von amtlichen militärischen Kreisen und der deutschen Regierung für unklar und die in dem Funkprüch wiedergegebenen Befehle und Anordnungen für erfunden.

Siehe Deine Grenz-Spende für die Volksabstimmung dem Deutschen Schutzbund Annahmestelle:

Sächsische Elbzeitung.

* **Die Kommunalwahlen in Groß-Berlin** erbrachten eine sozialistische Mehrheit. Als feststehend gilt, daß von den 225 Stadtverordnetenmandaten 125 an die beiden sozialistischen Parteien gefallen sind. In die übrigen 100 Mandate teilen sich die bürgerlichen Parteien, von denen nach bisheriger Feststellung die Deutsche Volkspartei am besten abgeschnitten hat.

* **Abgeordneter Dr. Friedberg †.** Der Vorsitzende der demokratischen Fraktion der Preussischen Landesversammlung, Staatsminister a. D. Dr. Friedberg, ist in Berlin an Herzschlag gestorben. Der Verstorbenen, der 1851 in Berlin geboren wurde, war längere Zeit Professor der Staatswissenschaften in Leipzig und Halle. Später legte er aber die Professur nieder, um sich völlig dem politischen Leben zu widmen. So wurde er bald Führer der national-liberalen Landtagsfraktion. Im November 1917, als mit dem Eintritt Helfferichs die entscheidenden Veränderungen in der inneren Politik eintraten, wurde er Vizepräsident des preussischen Staatsministeriums und zum Staatsminister ernannt. Nach der Auflösung der national-liberalen Partei schloß er sich der demokratischen Partei an, wo er gleichfalls sofort eine Führerrolle erhielt.

Frankreich.

* **Amerika verlangt Zahlung.** Der ehemalige Abgeordnete Franklin D. Roosevelt, der in England eine Enquete über die Stimmung des englischen Volkes und der politischen Kreise in England gegen Frankreich veranstaltet hat, erklärt, Lloyd George habe ihm gesagt, Frankreich und Italien schulden England 25 Milliarden und England schulde Amerika die gleiche Summe. Lloyd George habe in Washington erklären lassen, England wolle auf Rückzahlung verzichten, wenn Amerika ein gleiches tue. Die Forderung sei jedoch kategorisch und, wie er glaube, endgültig abgelehnt worden.

Großbritannien.

* **„Lieber eine Million Tote als ein freies Irland.“** Nach dem amtlichen Bericht über die Besprechung Lloyd Georges mit der Abordnung der englischen und irischen Eisenbahner in der Sache der Munitionsendungen nach Irland sagte der Premierminister, der Errichtung einer unabhängigen irischen Republik würde die Regierung nicht eher zustimmen, als bis sie völlig zu Boden geschlagen wäre. Lloyd George verglich die Lage in Irland mit einer ähnlichen in der Geschichte von Amerika und sagte, Lincoln habe lieber eine Million Tote und fünf Kriegsjahre daran gesehen, als die Unabhängigkeit der Südstaaten anzuerkennen wollen. Die englische Regierung werde nötigenfalls ebenso handeln.

Ungarn.

* **Abwehr gegen den Boykott.** Der Standpunkt der ungarischen Regierung zum Boykott gegen Ungarn ist der, daß die ungarische Regierung gegen alle Staaten, welche die Blockade tatsächlich durchführen, von ihrem vollen Rechte, Repressalien zu ergreifen, Gebrauch machen und dieselben Maßnahmen durchführen wird, welche gegen Ungarn in den betreffenden Staaten tatsächlich durchgeführt werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Zum Elektrizitätsarbeiterausstand in Halle wird bekannt, daß der Magistrat ein Eingreifen der Technischen Nothilfe abgelehnt habe, da er die Aufrechterhaltung des Elektrizitätsnetzes nicht als lebenswichtig angesehen habe.

Zürich. Die Jahresversammlung des Schweizerischen Gewerbeverbandes hat sich entschieden gegen die 48-Stunden-Weche in den Gewerben erklärt.

Bern. Der Schweizer Bundesrat hat die Aufhebung der Grenzkontrolle und der Fremdenpolizei beschlossen.

Paris. Nach einer Meldung des „Populaire“ haben 65 Deputierte in der Kammer den Antrag gestellt, den nächsten Tag zeitweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu erhöhen.

Zum Marburger Freispruch.

Berlin, 22. Juni. Wie man uns aus Marburg meldet, wird von den Hinterbliebenen der Erschossenen und von den während der Transporte Mißhandelten gegen die 14 Angeklagten und einige Zeugen ein Schadenersatzverfahren wegen Totschlags, Körperverletzung und schwerer tätlicher Beleidigung vor den Zivilgerichten anhängig gemacht werden.

Der belgische Haß.

Rotterdam, 22. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet, daß der Verband der belgischen Advokaten am Sonnabend seinen Kongreß mit einem Festmahle beschloß. Als Justizminister Vanderveke in seiner Ansprache von der Notwendigkeit einer Völkerveröhnung sprach, wurden Rufe laut: „Nieder mit den Boches! Hin mit ihnen!“ In der nun folgenden Aufregung bestieg der Advokat Bovens die Tribüne. „Im Namen unserer Toten und Verwundeten proklamiere ich den Haß auf die Boches!“ rief er in den Saal. Minutenlanges Beifall folgte diesen Worten.

Welt- und Volkswirtschaft.

Berliner Produktentwerfer. Amtlich festgestellte Preise der Berliner Produktentwerfer am 21. Juni: Hafer per 1000 Kilogramm auf 2240—2270 Mark ab Schlesien. 2300 Mark ab Pommern. Tendenz schwächer.

Richtamtlich sind folgende Preise ermittelt, alles für 50 Kilogramm ab Station: Erbsen, Viktoriaerbsen 120 bis 150 Mark, gelbe und grüne Erbsen 100—125 Mark, Beluschen 85—95 Mark, Akerbohnen 85—95 Mark, Wicken 65—75 Mark, Lupinen 40—65 Mark, Serradella 42—50 Mark, Weizenheu, alles, lose 18—20 Mark, Stroh, drahtgepreßt 8—9½ Mark, gebündelt 7½—8½ Mark, Trodenschneid 57—63 Mark, Patent Steffen 95 bis 100 Mark.

* **Die Wohnungsnot in Thüringen.** Nach einer vom sachsen-weimarischen Staatsministerium aufgestellten Statistik fehlen in Sachsen-Weimar-Eisenach 3500 und in ganz Thüringen 14 000 Wohnungen. Die Baukosten für die erforderlichen Neubauten würden sich für Sachsen-Weimar auf 70 Millionen Mark und für Thüringen auf 280 Millionen Mark stellen. Die mit 14 % vorgeschlagene Mietssteuer würde für Sachsen-Weimar 25 Millionen Mark und für Thüringen 100 Millionen Mark ergeben. Daraus ist zu sehen, daß ohne die Aufnahme einer Anleihe die Wohnungsnot nicht beseitigt werden kann.

* **Feste Begrenzung der Mietsmieten.** Nach den Bestimmungen der Mietsmietenordnung soll das Mietzinsamt in den Fällen, wo der Vermieter den Beweis erbracht hat, daß der für den 1. Juli 1914 vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig war, den für den 1. Juli 1914 ortsüblich gewesenen Mietzins festsetzen. Diese Vorschrift hat den Zweck, unnötige Härten zu vermeiden. Wenn nun von den Hausbesitzerorganisationen jetzt vielfach der Versuch gemacht wird, auf Grund dieses Paragraphen eine allgemeine Heraushebung des Mietzinses zu erreichen, so wird vom Ministerium für Volkswohlfahrt darauf hingewiesen, daß die Anwendung dieser Vorschrift eine Ausnahme bleiben soll. Eine allgemeine Anwendung würde nicht nur gegen Sinn und Wortlaut der Verordnung verstoßen, sondern auch eine Unklarheit über die tatsächliche Höhe der Mietzuschläge herbeiführen, die aus volkswirtschaftlichen Gründen unbedingt vermieden werden muß. Eine Heraushebung des Mietzinses vom 11. Juli 1914 soll nur dann erfolgen, wenn der Nachweis erbracht wird, daß der vereinbarte Mietzins außerordentlich niedrig war. Auch muß verlangt werden, daß in den Entscheidungsgründen des Mietzinsamtes das Vorliegen eines außergewöhnlich niedrigen Mietzinses ab 1. Juni 1914 näher erläutert wird.

Nah und Fern.

o **Die Post bereitet Überraschungen.** Von der Reichspostverwaltung ist zur Abwechslung einmal auch etwas Erfreuliches zu melden. Sie setzt vom 1. Juli ab infolge Verringerung des deutschen Markwertes das Umwandlungsverhältnis für die Telegrammgebühren nach dem Auslande von bisher 5,60 Mark auf 4,20 Mark für 1 Frank, also um 25 %, herab. Infolgedessen werden vom gleichen Zeitpunkt ab die Telegrammgebühren nach dem Auslande entsprechend billiger.

o **Pünktliche Abholung von Militärenten.** Empfänger von Militär-Versorgungsgebühren (Pensionen, Renten und Hinterbliebenenbezügen) werden an die pünktliche Abholung ihrer Gebührenscheine am kommenden Hauptzahltag 29. Juni erinnert. Empfänger, die zur Abholung am Hauptzahltag nicht in der Lage sind, werden dringend ersucht, unter allen Umständen die Beträge spätestens noch im Fälligkeitmonat, Monat Juli, abzuheben.

o **Das Schicksal der „Waterland“.** Das bekannte Tiefenschiff „Waterland“, das von den Amerikanern wegen seiner riesigen Ausmaße „Leviathan“ getauft worden ist, soll, nach einer Ankündigung des amerikanischen Schiffsamtes, versteigert werden. Das Schiff war bereits in den Besitz des Zeitungsbetreibers William Hearst übergegangen. Aber dieser Kauf ist infolge des neuen Handelsseefahrtsgesetzes für ungültig erklärt worden. Danach hat nur das Schiffsamt das Recht, über die früheren deutschen Schiffe zu verfügen, und die Behörde will als Käufer nur amerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaften zulassen. Der Preis, für den das Schiff verkauft werden dürfte, wird auf 10 Millionen Dollar geschätzt.

o **Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath gestorben.** Nach längerem Leiden starb in Berlin im Alter von 68 Jahren der frühere national-liberale Reichstagsabgeordnete Prinz Heinrich zu Schönau-Carolath. Der „rote Prinz“ wie man ihn wegen seiner liberalen Gesinnung in Hofkreisen nannte — besaß bei allen Parteien durch sein gewinnendes Auftreten und seine offene Kampfart Ansehen und Beliebtheit. Wie sein vor ihm verstorbener Bruder, der Dichter Emil zu Schönau-Carolath, zeigte er viel Verständnis für die Literatur.

o **Vom Ministerpräsidenten zum Volksschullehrer.** Der mehrheitssozialistische frühere bayerische Ministerpräsident Hoffmann hat, nach seiner Niederlage bei der Bürgermeistereiwahl in Ludwigshafen, in Kaiserslautern eine Stelle als Volksschullehrer angenommen und ist damit zu seinem ursprünglichen Beruf zurückgekehrt.